

Nachrichten unter der Lupe: „Nie wieder Finanzkrise?“

Von Hermann Patzak

Nie wieder Finanzkrise! Das hatten sie alle geschworen, die regierenden Repräsentanten des „Westlichen Wertekapitalismus“, als sie eine Zeitlang den Systemzusammenbruch befürchten mußten. Doch jetzt, da man hofft, daß das Schlimmste überwunden ist und man die Weichen für die Zukunft neu stellen will, zeigt es sich, daß die Nutznießer des globalen Kapitalismus auf ihre Vorrechte nicht verzichten wollen. Zu gut hatten sie schmarrtzt, auf Kosten anderer Völker.

Welche Vorrechte sind das?

Nehmen wir an, die Welt sei zweigeteilt: In Volkswirtschaften in denen die Menschen vorwiegend in Produktionsbetrieben arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und in Volkswirtschaften, in denen die Menschen ihr Einkommen dadurch verdienen, daß sie Eigentümer der Produktionsbetriebe in der ganzen Welt sind. Sie konnten weltweit Betriebe und Rohstoffressourcen nahezu nach Belieben aufkaufen, weil ihr Geld zuerst einen höheren Wert hatte und später, weil sie mit ihren innovativen Geld- und Kreditschöpfungen weltweit die nach Renditesteigerung gierenden Geldanleger anlockten, die ihre Gelder gern zur Verfügung stellten. Ihr Einkommen erzielt die Finanzindustrie mit der genannten Kreditschöpfung und mit ausgeklügelten Spekulationsgeschäften.

Doch dann auf einmal krachte es im Gebälk des Systems, weil man die Gewinn- und Renditegier zu weit getrieben hatte. Auf den Finanzmärkten haben Billionen tiefe Verlustlöcher die Billionen schweren Gewinnberge abgelöst. Das mußte auch die realen Wirtschaftsströme tangieren. In allen Ländern der Welt brach das Wirtschaftswachstum ein, das Volkseinkommen sank, die Arbeitslosigkeit stieg. Die Ursache dieser Krise, der Fehler, liegt nicht bei den einzelnen Individuen, deren niedere Motive der Profitgier und Renditemaximierung jetzt kriminalisiert werden, es ist das System des radikalen Kapitalismus in seiner heutigen Erscheinungsform des Globalkapitalismus, das diese Instinkte mehr weckt und honoriert als in jeder vorangegangenen Epoche des Kapitalismus! Das ist die blanke Wahrheit – sie ist tabu!

Kommen wir zurück zu den konkreten ökonomischen Machtverhältnissen und zu der Feststellung, daß es Volkswirtschaften gibt, die einen erheblichen Teil ihres Einkommens (Bruttoinlandsproduktes) durch Finanzgeschäfte erzielen. Über dieses wesentliche Kriterium schweigen sich die Medien aus und für die Garde der Ökonomen scheint es kein Problem zu sein. Dieses Desinteresse an den Fakten ist im Prinzip ein wissenschaftlicher Skandal. Wie groß war denn der Teil des Volkseinkommens, der in USA und in England aus den Gewinnen der Finanzindustrie sprudelte im Vergleich zu den anderen Sektoren volkswirtschaftlicher Leistungserstellung? Warum erfährt man nichts darüber? Warum wehren sich diese beiden Staaten jetzt so vehement dagegen, die Regulierungen der Finanzindustrie international zu harmonisieren?

Diese Frage wurde interessanterweise eine Woche nach dem Erscheinen dieses Artikels auf dieser Weltnetzseite (www.hpatzak.de) für die englische Volkswirtschaft von **Peer Steinbrück**, dem Bundesfinanzminister, beantwortet: Er warf den Briten in der Zeitschrift „Stern“ vor, schärfere Regeln für die Finanzbranche zu blockieren. Wörtlich: «Da ist in London klar eine Lobby, die einen Wettbewerbsvorteil mit Zähnen und Klauen verteidigen will», Steinbrück verwies darauf, daß die **britische Finanzindustrie 15**

Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftete, in Deutschland seien es nur 6 Prozent.¹ Die Finanzindustrie ist dort also doppelt so groß!

Hier ist nicht der Ort, einen statistischen Vergleich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Deutschland, USA und England einzuschieben. Das wird später nachgeholt. Aber man müßte noch weiter gehen und fragen: Wie groß waren die Gewinnströme der anglo-amerikanischen Unternehmen, die diese in anderen Volkswirtschaften erzielt haben? Und weiter, wie groß waren die Geldströme jener Länder, deren kapitalistische Unternehmen an den Geldschöpfungsorgien in USA und England und den dabei anfallenden Renditen teilhaben wollten? Auch diese Fragen wurden und werden bisher nicht gestellt. Auch das Heer der deutschen akademischen Wirtschaftswissenschaftler schweigt sich beharrlich dazu aus! Nur ansatzweise kann man einige Andeutungen hierzu in dem neuen Buch von Hans-Werner Sinn, „Kasino Kapitalismus, erfahren“².

Betrachten wir heute die weltweiten Bemühungen zur Krisenbekämpfung unter dem Blickwinkel der genannten Überlegungen:

In London sind die Finanzminister der G 20 Staaten jetzt, Anfang September 2009 zusammengekommen, um zu beraten, wie man künftige Finanzkrisen vermeiden könne³.

Ergebnisse:

Die Finanzminister **konnten sich nicht darauf einigen**, Bonuszahlungen an Manager im Bank- und Finanzwesen in ihrer absoluten Höhe zu begrenzen. Sie verständigten sich lediglich darauf, daß die Höhe und die Struktur von **Boni transparenter** werden müßten und Bonuszahlungen **über mehrere Jahre zu strecken** seien. Zur Steigerung der Transparenz wurde ein „Financial Stability Board“ beauftragt, das detaillierte Vorschläge auszuarbeiten soll.

Man war sich einig, die staatlichen **finanziellen Stützungsmaßnahmen** für die Finanzwirtschaft **fortzuführen**, obwohl man auch die „**Notwendigkeit** eines transparenten und glaubwürdigen Verfahrens“ erkannte, daß die „**außerordentlichen fiskalischen, monetären Maßnahmen** und die **Stützaktionen für Banken**“ **auslaufen müßten**.

Wie weit es mit dieser Einigkeit her ist, zeigt die Verlautbarung, daß man sich darüber einig ist, daß in jedem Land die zu treffenden Maßnahmen der dortigen Lage angepaßt werden müßten. Also kann doch jedes Land tun, was seine Regierung für richtig hält. **Eine sonderbare Art von Einigung, bei der man sich einig ist, nicht einig zu sein!**

- Der deutsche Finanzminister Steinbrück frohlockte, daß von einer „Limitierung der variablen Vergütung“ die Rede war und sagte stolz: „Das haben wir bisher noch nicht gehabt“. Und mit der Limitierung der variablen Manager -Vergütung (Boni) sollen künftige Finanzkrise verhindert werden? Armes Deutschland, hast du wirkliche keine besseren Minister und Regierungen verdient?

Es bleibt festzustellen:

Von einem Verbot der Spekulationsgeschäfte wie den Leerverkäufen war und ist nicht die Rede. Rating- Agenturen, Hedgefonds und Private Equity Hasardeure dürfen ihr

¹ Zitiert aus „Spiegel Online“ am 23.09.09.

² Hans-Werner Sinn, Kasino Kapitalismus, wie es zur Finanzkrise kam und was jetzt zu tun ist. Econ Verlag 2009.

³ Die zusammengefaßten Ergebnisse aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.09.2009 Seite 1.

Unwesen weiter treiben. **Zum Wohle des anglo-amerikanischen Finanzkapitals!**
Einheitliche Vorschriften über das Mindestmaß der Eigenkapitalquoten bei Banken sind völlig undenkbar. Das Unwesen der Auslagerung von Geschäftsteilen in Zweckgesellschaften betreiben die Staaten jetzt in eigener Regie, in dem sie sogenannte „Bad-Banken“ gründen.

Das Geschäft geht also weiter wie eh und je. Man nennt das heute „Business as usual“. Man hofft, daß die ausgebeuteten Volkswirtschaften das Spiel wieder mitspielen werden. Ihre Regierungen sind dazu sehr wohl bereit – wie wir sehen.

Doch wie lange sich das die betroffenen Völker gefallen lassen, das wird die Zukunft lehren. Den Deutschen wird am Fall Opel vor Augen geführt, wie es wirklich weiter geht. Es könnte ein erster Anstoß sein, über Machtmißbrauch, Ausbeutung und durch die von der eigenen Regierung hingenommene Vorteilsnahme nachzudenken. Auch die wenigen – noch souveränen Staaten in dieser Welt, wie insbesondere China – werden das Spiel nicht in alle Ewigkeit mitspielen.

© www.hpatzak.de 07.09.2009, aktualisiert am 23.09.2009